



Herr Regierungsrat
Dr. Anton Lauber
Finanz- und Kirchendirektion
Rheinstrasse 33b
Postfach
4410 Liestal

Liestal, 12. Dezember 2014

Vernehmlassung zur Änderung Kantonsverfassung, Gemeindestrukturgesetz

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Anton Lauber
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Kantonsverfassung und dem neuen Gemeindestrukturgesetz.

Mit der Erarbeitung der **CHARTA von Muttenz** befinden sich Themen wie Gemeindezusammenarbeit, Gemeindezusammenschlüsse, Gemeindestrukturen schon des Längeren im aktuellen Diskurs.

Die von der Regierung vorgelegte Vorlage zielt unseres Erachtens in die richtige Richtung und erscheint uns als absolute Notwendigkeit, um einen für die gegenwärtige Zeit modernen Kanton anzustreben. Gemäss Vorlage sollen Regierung und Landrat sich verpflichten, bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen das Subsidiaritätsprinzip, die Gemeindeautonomie und die Variabilität zu beachten und in ihren Entscheiden einfließen zu lassen.

Wir sind absolut der Meinung, dass (1.) die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sowie (2.) die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden ganz nach dem Motto, „wer zahlt befiehlt“ (fiskalische Äquivalenz, **CHARTA von Muttenz**) auf eine formelle rechtliche Basis gestellt werden muss.

Die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden bedürfen unbedingt einer Überprüfung mit dem Ziel einer Reduktion des Zentralisierungsgrades von aktuell rund 75%. Mit mehr Autonomie, was auch Gegenstand der Vorlage ist, sollen die Gemeinden gestärkt werden.

Erlauben Sie uns die folgenden Bemerkungen:

1. Wir gehen davon aus, dass mit dem Gemeindestrukturgesetz keine 4. Staatsebene begründet werden, sondern die Zusammenarbeit der Gemeinden innerhalb einer der 6 Regionen auf eine formell-rechtliche Basis gestellt werden soll. Auf eine 4. Staatsebene ist definitiv zu verzichten.

2. Die Zugehörigkeit der Gemeinden in diese Regionalkonferenzen muss bottom-up erfolgen. Eine Zuweisung durch den Kanton erachten wir als problematisch.
3. Mit der Einführung der Regionalkonferenzen und ihrer Geschäftsstellen soll wie vorgeschlagen keine zusätzliche politische Ebene („4. Staatsebene“) eingeführt werden. Die Regionalkonferenzen / Geschäftsstellen werden begrüsst, hingegen ist uns deren Organisation und Finanzierung noch unklar.
4. Ebenso sind die Kosten für allfällige fusionswillige Gemeinden nicht beziffert. Das soll nachgeholt werden.
5. Wir sind der Meinung, dass zwecks Einführung der 6 Regionalkonferenzen deren Aufgaben und Leistungen noch präziser zu formulieren sind. Wie gedenkt der Regierungsrat hier vorzugehen?
6. Gleichzeitig bitten wir Sie um eine Übersicht, welche kommunalen Aufgaben innerhalb der Regionalkonferenz erfüllt (**Gemeinde – Gemeinde**) und welche Aufgaben vom Kanton auf die Gemeinden resp. die 6 Regionen (Aufgabenteilung **Kanton – Gemeinden**) übertragen werden könnten
7. Weiter empfehlen wir zu prüfen, ob und wenn ja welche Kompetenzen / Budgetmittel allenfalls auf die Regionalkonferenzen übertragen werden könnten, ohne dass damit ein Demokratieverlust in Kauf zu nehmen wäre.
8. Die Diskussion zum Themenbereich „Bildung“ darf nicht von Anfang an aus der Diskussion herausgehalten werden. Dass dieses Thema sehr heikel ist, ist uns bewusst. Dennoch erachten wir eine Diskussion gerade über dieses Thema als sehr wichtig und mit Blick auf das aktuelle Kostenwachstums als geradezu geboten.
9. Am 12. Juni 2014 hat LR Claudio Botti das Postulat 2014-207, Klare Zuständigkeitsregelung der Volksschule eingereicht. Dieses Postulat gehört unserer Meinung nach auch in dieser Vorlage mitberücksichtigt.

Wir bitten Sie, unser Vorbringen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens und einer allfälligen Anpassung des vorliegenden Gemeindestrukturengesetzes zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen



Christina Hatebur
Generalsekretärin CVP Basel-Landschaft

Diese Vernehmlassungsantwort wurde von folgenden Personen verfasst:
Claudio Botti, Landrat, Birsfelden
Christine Gorregourt, Landrätin, Ettingen
Franz Meyer, Landrat, Grellingen